

VOR 25 JAHREN

Vor 72 Jahren Autofahrverbot aufgehoben

adm. Nach 1908 begann – nicht zuletzt durch die ausländischen Gäste in Luzern – ein Boom, der in der näheren und weiteren Umgebung Folgen hatte und zu Reaktionen führte. So auch in Küssnacht. Die «Panorama»-Strecke zwischen Küssnacht und Vitznau erreichte nämlich in kurzer Zeit bei den Touristen eine so grosse Beliebtheit, dass sich die Seegemeinden zu Massnahmen entschlossen: Auf ihr Gesuch hin wurde die Strecke Küssnacht-Greppen-Weggis-Vitznau für den Automobilverkehr gesperrt. Die Gründe fasste ein Hotelier so zusammen: «Um der Allgemeinheit zu dienen, ist es deshalb Pflicht und Aufgabe, die Strasse für den Autoverkehr zu sperren, um die Fussgänger vor Gefahr, Staub und Gestank und sonstigen Unannehmlichkeiten zu schützen.» Das Gesetz konnte sich allerdings nicht lange halten. Zu stark war der Druck seitens der Luzerner Fremdenverkehrskreise. Bereits 1909 kam es zu einer Lockerung. Fortan durfte die Strasse an Werktagen bis 12.00 Uhr mittags befahren werden.

Aus dem «Boten» vom 28. September 1990

Künftig immer mehr «Teilzeitlehrer»

spi. Diese Woche drückten 39 ehemalige PrimarlehrerInnen im Lehrerseminar Rickenbach die Schulbank, um sich nach einer längeren Pause wieder auf einen möglichen Berufseinstieg vorzubereiten. Vize-Direktor Erich Ettlin hofft, dass möglichst viele KursteilnehmerInnen nachher wieder ein (Teil-)Pensum übernehmen, da 1991/92 auch der Kanton Schwyz den Lehrermangel zu spüren bekommt.

Schwyzler Güsel nach Küssnacht?

al. Der Zweckverband für die Kehrichtbeseitigung Region Innerchwyz (ZKRI) hat sich entschieden: Ab etwa Ende 1996 soll der Kehricht der Region in einer Klärschlamm- und Kehrichtverbrennungsanlage (KKVA) im Küssnacher Industriegebiet Fänn verbrannt werden. Bereits Ende des nächsten Jahres soll die Baueingabe für dieses rund 200 Mio Franken teure Bauwerk erfolgen. Immer noch nicht gelöst ist die Frage, wohin mit dem Güsel bis zur Fertigstellung der Verbrennungsanlage. Immerhin zeichnet sich ein Ende des Streites um die Deponie im Steinbruch Zingel in Seewen ab.

Aus dem «Boten» vom 5. Oktober 1990



Die schicke Mehrzweck-Anlage in Alpthal.

Alpthal weicht sein «Jahrhundertbauwerk» ein

mst. Seit 20 Jahren sprach man in der Gemeinde Alpthal von einer dringend benötigten Mehrzweck-Anlage. Nun ist das Jahrhundert-Bauwerk der Gemeinde Alpthal bezugsbereit. Mit der Mehrzweckanlage, welche knapp sechs Mio Franken kostete und ein Bauvolumen von 8700 m³ Raum umfasst, verfügt Alpthal über ein Gebäude, das allen gestellten Anforderungen entspricht.

Frauen-Aufnahme verworfen

adm. Keine Chance für das Gesuch zweier Frauen, die in die Korporation Pfäffikon aufgenommen werden wollten. Die Versammlung der Korporation Pfäffikon lehnte das Gesuch gestern Sonntag mit 186 zu lediglich fünf Stimmen wuchtig ab. Allerdings bedeutet dies noch nicht das endgültige Aus für die Aufnahme von Frauen in Korporationen. Jetzt haben allenfalls das Schweizer Verwaltungsgericht oder gar das Bundesgericht über diese heikle Frage zu entscheiden.

Aus dem «Boten» vom 8. Oktober 1990

Knatsch um gezielte Wahlpost

WAHLEN Die SP verschickt Briefe an potenzielle Wähler und verärgert damit politisch Andersdenkende. Sie bezweifeln, dass diese Post legal ist.

ANDREA MÜLLER

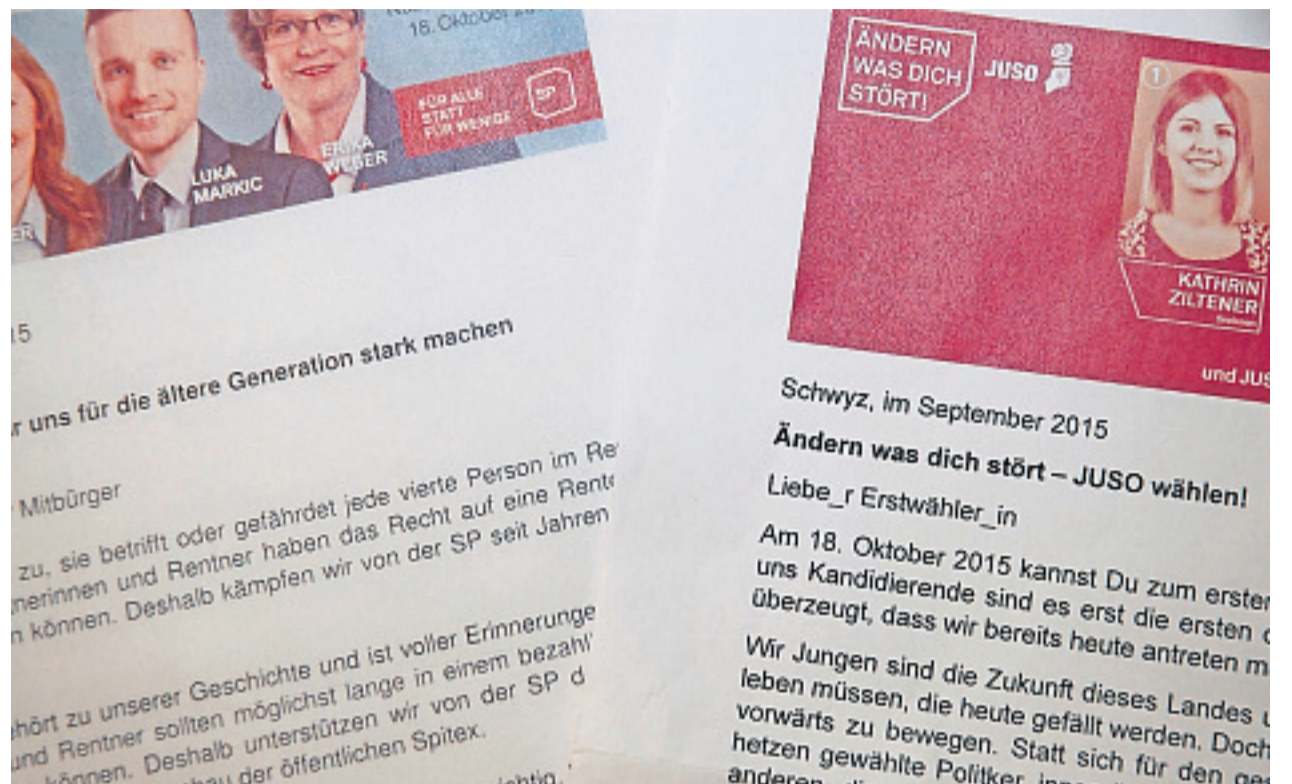
Am Montagmorgen rief ein hörbar verärrter Ibächler auf der «Bote»-Redaktion an und machte darauf aufmerksam, dass er persönliche Post von der SP erhalten habe. Besonders stossend sei, dass es sich dabei offensichtlich um einen gezielten Postversand handle, denn Zielpublikum seien die Senioren 60+. Die fokussierte Adressierung war am Wochenende auch Thema bei den Jugendlichen an der Steiner Chilbi. Sie wurden von der gleichen Partei in einem Brief mit «Liebe ErstwählerInnen» angeschrieben.

Datenschützer gibt Entwarnung

Auch wenn das viele verärgern mag, weil sie nicht zur SP-Wählerschaft gehören – die gezielte Wahlwerbung ist gesetzeskonform. Das bestätigt Philipp Studer, stellvertretender Öffentlichkeits- und Datenschutzbeauftragter des Kantons Schwyz, auf Anfrage des «Boten»: «Im Wahl- und Abstimmungsgesetz (WAG) ist festgehalten, dass die politischen Parteien einmal jährlich von den Gemeinden verlangen können, dass sie Name, Adresse und Jahrgang der Stimmberechtigten zur Verfügung stellen.» Weil politische Parteien, gleich wie ein Schwingerverband, Turnverein oder eine Musikschule, als ideell eingestuft werden, dürfen sie mit solchen Briefen gezielt Mitglieder werben. Oder eben Wähler.

Daten nicht weitergeben

Gemäss WAG ist die Verwendung der erhaltenen Daten zu kommerziellen Zwecken aber untersagt. Die Geschwister müssen darum in einer Erklärung explizit auf die kommerzielle Nutzung verzichten. Sie müssen sich auch dazu verpflichten, die Daten nicht an Dritte weiterzugeben, sie vor unbefugtem Zugriff zu schützen und diese nach der Zweckerfüllung zu vernichten.



Mit persönlich adressierten Briefen gehen Juso und SP in die Endrunde des Wahlkampfs. Bild Franz Steingger

Die durch die Postsendung irritierten Stimmbürger fragen sich ausserdem, ob es erlaubt sei, dem Brief einen Einzahlungsschein beizulegen. Doch auch in diesem Punkt entwarnt der stellvertretende Datenschutzbeauftragte: «Parteien sind in der Regel gemäss Artikel 60ff. des Zivilgesetzbuches (Vereinsrecht) organisiert und verfolgen somit politische beziehungsweise ideelle Zwecke. Einen Einzahlungsschein beizulegen, um Mitgliederbeiträge zu erhalten, ist deshalb unproblematisch», sagt Studer und ergänzt: «Ob dieses Vorgehen aber auch zielführend ist, das ist eine andere Frage.»

Gleiches Recht für alle

Der Datenschützer weist darauf hin, dass die Gemeinden angehalten werden, alle Gesuche nach den gleichen Kriterien zu behandeln: «Wenn die SP auf Anfrage von der Gemeinde die gewünschte Liste erhält, so muss auch die SVP eine erhalten.»

Stimmenfang mit 5000 Briefen

WAHLEN amu. Die SP Schwyz hat sich für die von bürgerlichen Wählern kritisierte Wahlpost ins Zeug gelegt, wie Leo Camenzind, Vizepräsident der SP Kanton Schwyz, sagt: «Wir haben zirka 5000 Briefe verschickt.»

Sie hätten verschiedene Adressaten-Gruppen gebildet, so zum Beispiel die Gruppe 60+. Die Juso hat sich der Jugendlichen angenommen und die Briefe gezielt an Erstwähler verschickt.

Der Versand sei dennoch nicht ungefiltert an alle Personen der betreffenden Gruppen erfolgt: «Wir haben Personen aus den Listen bewusst ausgesucht. Teilweise wurden Wähler angeschrieben, weil ein SP-Kandidat sie persönlich kennt», sagt Camenzind. Sie hätten diese Möglichkeit

zudem genutzt, um auch Wähler aus denjenigen Gemeinden zu kontaktieren, in denen die SP erfahrungsgemäss kleine Wähleranteile hat.

Zu viel Werbung

Die Partei habe bisher keine Rückmeldungen zum Versand erhalten, weder positive noch negative, sagt Camenzind. Es komme jedoch vor, dass sich Wähler so kurz vor dem Stichtag über die vielen Flyer und die Werbung in ihren Briefkästen beschwerten. «Diese Kritik betrifft jedoch alle Parteien», verteidigt sich Camenzind, und: «Wir können auf diese Weise unsere Zielgruppen erreichen, auch ohne über ein vergleichbares Wahlkampfbudget wie die Grossparteien zu verfügen.»

Schwyz bleibt für Organspende hartes Pflaster

KANTON Obwohl auch im Kanton Schwyz viele Leute dringend auf eine Organspende warten: Politisch bleibt das Thema umstritten.

JÜRIG AUF DER MAUR

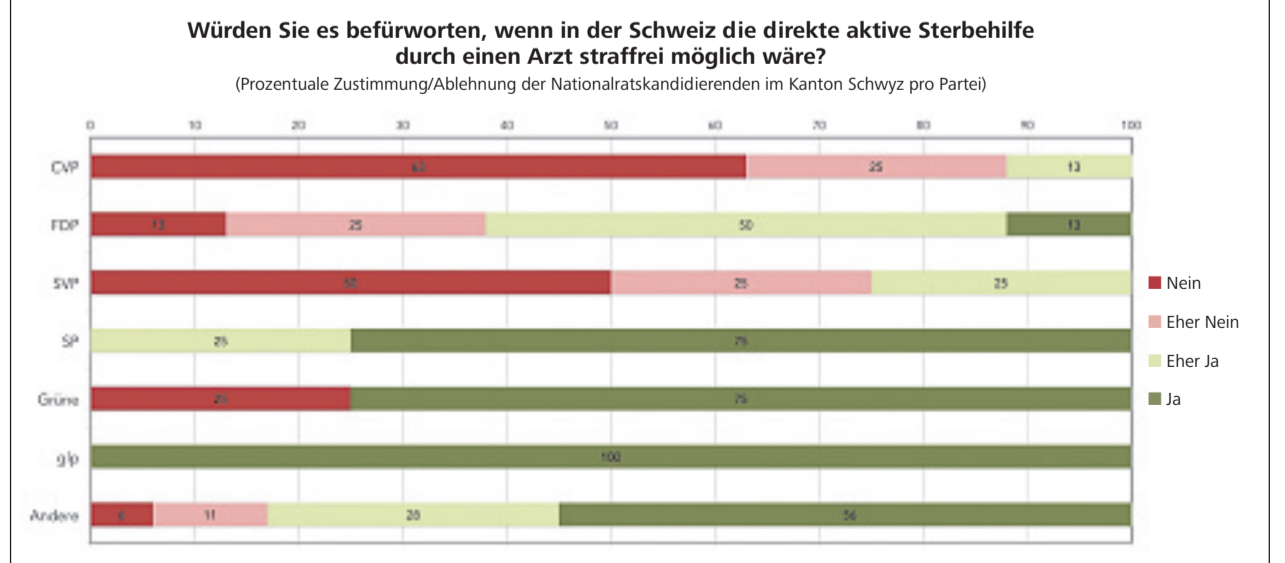
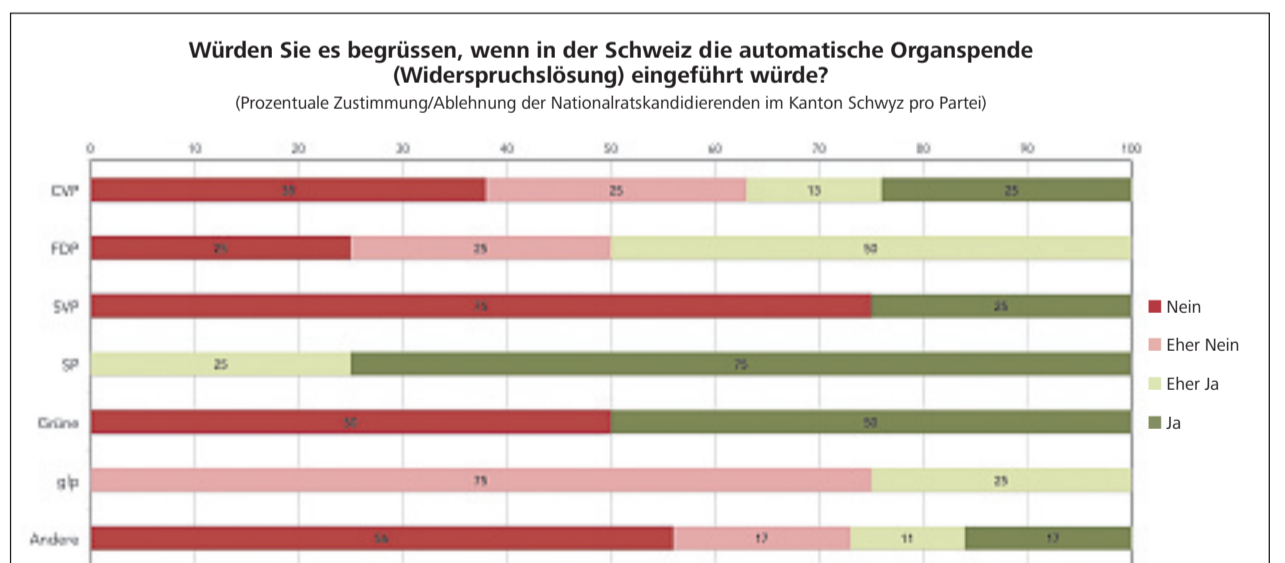
Bei der Organspende liegt vieles im Argen: Hunderte von Personen warten schweizweit dringend darauf, ein Organ zu erhalten, das ihr Körper nicht abstösst. Die Frage bleibt offen, ob in der Schweiz die sogenannte Widerspruchslösung eingeführt werden soll. Das heisst, Ärzte könnten auf Organe von beispielsweise Unfalltopfern zurückgreifen, wenn nicht ausdrücklich in einem Ausweis festgehalten wird, dass man das nicht will.

Das ist auch bei den Schwyzer Kan-



didierenden umstritten, wie eine Auswertung der «smartvote»-Antworten darlegt. Die Grafik zeigt: Nur gerade in der SP wäre diese Lösung mehrheitsfähig, während es in der CVP weniger als 40 Prozent sind, die sich «eher» oder ganz dafür aussprechen. Deutlich auf Widerspruch stösst das Anliegen bei der SVP.

Ebenso auf starke Ablehnung stösst auch die aktive Sterbehilfe. Sie fände aber wohl Mehrheiten in der FDP, der SP, bei den Grünen und den Grünliberalen.



Die Antworten der 50 Kandidaten zeigen eindeutige Trends, wie die Parteien in Sachfragen denken. Grafik smartvote